

Ordnung schaffen in Jugoslawien

Der Krieg im Kosovo ist vorbei. Durch eine UN-Resolution ist das Gebiet, um das es schon im Rambouillet ging, völkerrechtlich korrekt unter die Aufsicht der KFOR-Truppen gestellt worden. Und eines ist klar – „Das Ende des Krieges bedeutet keinesfalls ein Ende der Gewalt.“ (SZ, 30.6.99)

In der Tat: Der Nationalismus, der überhaupt erst zum Krieg im Kosovo geführt hat, treibt seine Blüten. Da werden Häuser angezündet, deren Bewohner angeblich mit dem Feind kollaboriert haben und deshalb auch Feinde sind; Leute aus verschiedenen Wohnvierteln bekriegt und erschossen sich wegen ihres Nationalismus – weil die einen dort geboren worden sind und die anderen vor Jahren Zugezogene aus dem der feindlichen Staatsmacht unterstehenden Staatsgebiet sind.

Doch hat die Gewalt noch einen anderen Seite. Das weiß auch der britische Außenminister Cook: „Wir brauchen eine funktionierende zivile Polizei im Kosovo und ein wirkliches System von Recht und Gesetz. Die zivile Seite muß Anschluß finden an die militärische, die im Kosovo bereits funktioniert.“ (SZ, 1.7.99) Es braucht möglichst schnell eine neue politische Gewalt, die dafür sorgt, daß die Eigentumsordnung samt Freiheit und Gleichheit Einzug hält, um eine autorisierte, patentierte und menschengemäße – weil menschenrechtliche – Herrschaft als Ersatz für das alte 'Regime' zu ermöglichen. Dafür wird auch einiges getan: „Spätestens am Donnerstag morgen sollten erste mobile Gerichtsteams einsatzbereit sein.“ (SZ, 30.6.99) Unterstützt werden die mobilen Gerichtsteams durch die geplanten 2000 UN-Polizisten. Es darf eben nur eine Gewalt geben, und die muß mit erlesener Gewalt eingerichtet werden – *Souveränität*. Was das den Menschen nutzt, ist dabei keine Frage, nämlich nichts.

Während im Kosovo Gewaltiges für den Frieden getan wird, fängt es an anderer Stelle des Hexenkessels Balkan auch schon wieder zu brodeln an. In Montenegro und Wojwodina melden sich bereits die ersten separatistischen und besorgten Stimmen. Man befürchtet, der 'Betonkopf' aus Belgrad könne versuchen, in Montenegro – eine Teilrepublik der Bundesrepublik Jugoslawien, die den Anspruch des Gewaltmonopols des jugoslawischen Staats nicht anerkennt – zu putschen. Ein sich zuständig fühlender Ansprechpartner für die Probleme Montenegros wurde in NATO-Generalsekretär Solana dann auch gleich gefunden, der Montenegro den nötigen Schutz vor Jugoslawien zusicherte: „Die Allianz werde ein Vorgehen Milosevics in der Teilrepublik nicht dulden.“ (SZ, 3./4.7.99) Doch eines wurde seitens der USA auch gleich klargestellt: Eine Trennung Montenegros von Serbien ist mit ihnen nicht zu haben. „Vielmehr solle es vorerst ein demokratisches Gegengewicht zu Serbien bilden.“ (SZ, 3./4.7.99)

Man darf gespannt sein, welche Maßnahmen für die Ordnung im Balkan noch nötig werden.

Was im Kosovo abging und um was es da ging, soll dieses kleine Heftchen klären. Dann wird vielleicht auch die aktuelle Fortsetzung dieses Konfliktes ein wenig verständlicher.

Meinungen zum Krieg

Wie immer bei gesellschaftlichen Großereignissen wird man durch Medienrezeption und Diskussionen mit einer Menge Meinungen zum Geschehen konfrontiert. Besonders an Orten wie der Uni herrscht eine pluralistische Vielfalt, die moralische Kriegsgegner und skeptische Mahner umfaßt und die zu einigen Streitgesprächen genutzt wird. Auch wenn die allgemeine Entrüstung sehr viel geringer ausfällt als noch beim Golfkrieg, heißt das nicht, daß keine Auseinandersetzung stattfindet. Bei näherer Betrachtung fällt allerdings auf, daß gewisse Aspekte in den Diskussionen nicht auftauchen, andere dafür das Thema bestimmen. Um welche es sich dabei handelt und warum das so ist, zeigen die folgenden Beispiele.

Gänzlich unkritische Befürworter dieses Krieges gibt es hierzulande kaum; selbst die Führungsmannschaft der Regierung hat angesichts ihrer eigenen Entscheidung ‚Bauchschmerzen‘. Nichtsdestotrotz rechtfertigt sie den Krieg als eine Maßnahme, die notwendig sei, um die vielbeschworene ‚humanitäre Katastrophe‘ zu verhindern und um in Europa für Menschen-rechte und Sicherheit zu sorgen. Ein Krieg, dessen verheerende Folgen für die Bevölkerung weiter Landstriche heute weitgehend bekannt sind, soll einem als humanitärer Einsatz verkauft werden. Fragt sich nur, warum dann nicht alle Flüchtlinge kurzerhand in sichere Staatsgebiete, wie die der NATO-Staaten beispielsweise, gebracht werden, obwohl das doch billiger wäre und das Leid der Flüchtlinge auch sehr viel effektiver lindern würde. Das müßte doch im Sinne derer sein, die als ihr Ziel proklamieren, gegen Flüchtlingseleid vorgehen zu wollen. Wenn das wirklich die Motivation für den Krieg wäre, dann müßten wohl auch ganz andere Maßnahmen gegen den Hunger auf der Welt getroffen werden. Auch daß Kosovo-Albaner noch bis kurz vor dem Krieg aus der BRD abgeschoben wurden, verweist nicht gerade darauf, daß alles daran gesetzt wird, Elend von Menschen abzuwenden. Die zahlreichen Fälle auf der Welt, in denen es Menschen genauso dreckig geht wie im Kosovo, macht der Westen auch nicht zu seinem Problem, ganz im Gegenteil scheint häufig das ‚Wegschauen‘ eine ebenso charakteristische Verhaltensweise der westlichen Politik zu sein wie das eher höfliche Anmahnen. Zumindest wird Staaten wie China oder der Türkei gegenüber nicht mit Krieg gedroht, und das obwohl auch diese ständig die Menschenrechte verletzen. Daß der Schutz von Menschen vor brutaler Herrschaftsausübung kein politischer Zweck des Westens ist, wird desweiteren daran deutlich, daß in der Vergangenheit jede noch so blutige Terrorherrschaft den NATO-Staaten als Bündnispartner recht war, solange sich durch diese Einflußsphären sichern ließen. Auch in der Gegenwart ist es doch äußerst merkwürdig, daß zusammen mit der Türkei Rechte von



Da er weiß, daß Argumente sinnlos sind und Zeit kostbar ist, schwingt Flash sich in sein Flugzeug. Der Motor dröhnt auf, dann wird der Hebel umgelegt ... und das Flugzeug wird in die Luft katapultiert.



kontakt:

rote liste sozialwissenschaften
c/o oeconomicum
platz der göttinger sieben 3
37073 göttingen



kontakt:

gruppe 3
c/o buchladen rote straße
nikolaikirchhof 7
37073 göttingen

info@gruppe3.org
http://www.gruppe3.org



Das Tageslicht findet den vorläufigen Major Flash Gordon vom Armeeluftkorps und seine Bomber weit draußen über dem Atlantischen Ozean auf der Suche nach der Flotte des Gegners.

unterdrückten Minderheiten erkämpft werden sollen. Auch wenn hier natürlich nicht dieselbe Strategie, die Jugoslawien gegenüber angewendet wird, für die Türkei gefordert werden soll, so läßt sich doch erkennen, daß Menschenrechtsverletzungen vom Westen nicht überall auf dieselbe Art und Weise geahndet werden. Dazu später mehr.

Voller Sorge um das Gelingen der Politik und die Tauglichkeit der dafür verwendeten Mittel üben sich viele Bürger in alternativer Politikberatung. Dementsprechend affirmativ fallen deren Diskussionsbeiträge dann auch aus. Die oppositionellen Meinungen beinhalten allerlei Vorschläge, wie man mit dem Konflikt auf dem Balkan und den zahlreichen damit zusammenhängenden Problemen viel besser hätte umgehen können. Eine grundsätzliche Kritik der Kriegsparteien und des Verhältnisses, in dem sie zueinander stehen, unterbleibt. So findet z.B. die Göttinger Grüne Hochschul-Gruppe (GHG) die militärische Eskalation ungünstig und die Angriffe der NATO politisch und humanitär kontraproduktiv. Ihrer Meinung nach hätte zuvor mit einem Bruchteil des für den Krieg aufgebrauchten Geldes die ökonomische und soziale Stabilität in Jugoslawien hergestellt und das Selbstbestimmungsrecht der Albaner unterstützt werden können.¹⁾ Bei aller Kritik an den verwendeten Mitteln zur Durchsetzung der Politik beinhaltet eine solche Position entweder eine *Zustimmung* zu den Zielen der nationalen Politik oder eine ausgeprägte *Ignoranz* diesen gegenüber: Daß sich hier der eine Staat beim anderen einmischet, geht für sie völlig in Ordnung, für die Durchsetzung dieses Unterfangens werden sogar Alternativvorschläge gemacht, denn lediglich das kriegerische *Mittel* wird in Frage gestellt. Die Frage nach den Zielen der Staaten, was ein Staat überhaupt für ein gesellschaftliches Verhältnis auf seinem Territorium einrichtet oder warum auch demokratische Staaten immer wieder Kriege führen, kommt ihnen gar nicht erst in den Sinn. Daß ökonomische Stabilität, Frieden und Selbstbestimmung der Völker durchgesetzt werden müssen, bedarf im Zuge dieser nationalistischen Position keiner Überlegung. Ganz im Gegenteil wird häufig stärkerer politischer Druck gefordert, was letzten Endes einer Forderung nach Belagerung bzw. Aushungern des Gegners entspricht – denn was sollte politischer Druck sein, wenn nicht Sanktionen, Wirtschaftsblockaden usw. Man muß schon ein sehr merkwürdiges Verhältnis zur staatlichen Gewalt haben, wenn man tatsächlich nur etwas gegen die letzte Konsequenz der Politik hat, alle Vorstufen aber konsequent angewendet sehen möchte. Doch das Vertrauen in die eigene staatliche Herrschaft ist nicht völlig unbegrenzt. Unzureichende Information²⁾ der Bürger und eine mangelnde Versorgung bzw. Aufnahme von Flüchtlingen werden von der GHG moniert, was allerdings nicht dazu führt, daß der Zusammenhang zwischen den beklagten Mißständen und hiesigen Verhältnissen thematisiert wird. Dann nämlich käme man wohl darauf, daß

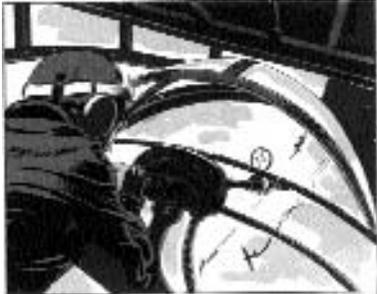
dieser Krieg, sowie Kriegsdrohungen und Kriege allgemein, keineswegs demokratische Fauxpas' sind, sondern zur nationalstaatlich verfaßten Politik der kapitalistischen Nationen des Westens dazugehören. Ob nämlich mittels Krieg oder Diplomatie die nationalen Zwecke verfolgt werden, ist insofern unerheblich, als daß beide sich an dem aus ihnen evtl. resultierenden *Erfolg für die Nation* messen müssen, da beide diesem dienen sollen. Ob die diplomatischen Bemühungen eines Landes erfolgreich sind, hängt natürlich auch nicht zuletzt von dessen militärischer und ökonomischer Stärke ab, denn was sonst sollte eine souveräne Macht davon überzeugen, daß sie ihren eigenen Willen zugunsten eines fremden aufgibt? Manchmal münden gerade größte diplomatische Anstrengungen in Kriegen, was auch kein Zufall ist. Wenn nämlich alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft sind, deren Ziel aber noch nicht verwirklicht ist, dann überlegen Staaten sich durchaus, ob nicht jetzt der Waffengang angebracht ist. In der Sphäre der internationalen Politik gibt es kein Gewaltmonopol, das dem innerstaatlichen vergleichbar wäre. Daher herrscht ein Zustand, in dem sich zahlreiche gut gerüstete staatliche Willen gegenüberstehen, ohne jedoch auf allgemein verbindliche Regeln verpflichtet zu sein. Was dem einen Staat als sein Recht erscheint, ist nach der Meinung des anderen häufig eine unerträgliche Zumutung. Je nachdem wie die Kräfteverhältnisse dann aussehen, erscheint es einer oder sogar beiden Parteien als eine Option, sich für die militärische Durchsetzung zu entscheiden, wenn kein anderes Mittel mehr zur Verfügung steht. Diplomatische Verhandlungen müssen diesen Verhältnissen immer Rechnung tragen und funktionieren häufig auch nur mit indirekter Kriegsdrohung. Sie sind also nichts, was dem Krieg grundsätzlich entgegensteht. Diejenigen, die lediglich den Krieg kritisieren und die dahinterstehenden Nationen ungeschoren davon kommen lassen, haben sich mit den Zwecken der Nationen arrangiert.

Die Auflösung Jugoslawiens

Doch wie kommt es überhaupt dazu, daß sich der Westen genötigt sieht, in Jugoslawien einzugreifen? Um sich das zu verdeutlichen, ist ein kurzer Blick auf den Niedergang dieses Staates unerlässlich. Zu Zeiten des kalten Krieges gehörte Jugoslawien den Blockfreien Staaten an. Aufgrund von Streitigkeiten Titos und Stalins über den wahren Sozialismus schloß es sich nicht der Sowjetunion an; mit seinem realsozialistischen Wirtschaftssystem gehörte es aber auch nicht zum 'freien Westen'. Die besondere Situation Jugoslawiens bestand darüberhinaus in seiner Existenz als sogenannter Vielvölkerstaat. Die Bevölkerungen der verschiedenen jugoslawischen Regionen wurden unter der Zentralherrschaft nämlich nicht in ihrer Existenz unterdrückt, sondern gerade als



Als er die angeschlagene, jedoch noch tödliche Flotte sichtet, gibt Flash seine Einsatzbefehle - jede Abteilung wird auf ein Großschiff angesetzt und erhält Befehl, anzugreifen...



Kampfflugzeuge erheben sich von der Invasionsflotte, um die Bomber zu vertreiben - aber die Strahlenschüsse der Schwadron setzen die Motoren der Feindflugzeuge aus unglaublich weiter Entfernung außer Kraft...

verschiedene ‚Völker‘ anerkannt und behandelt. Dies fand seinen Ausdruck unter anderem darin, daß ökonomische Erträge je nach ‚Volk‘ bilanziert wurden, was den einzelnen politischen Führern wiederum Anlaß gab, untereinander und mit den Bundesbehörden um gerechten Ausgleich zu streiten. Im Zuge der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und des damit einhergehenden Ruins der Länder des Ostblocks geriet auch Jugoslawien in eine Krise. Wie in allen anderen ehemals realsozialistischen Ländern auch, scheiterten die vom IWF mittels der Bedingungen, die mit der Kreditvergabe verknüpft waren, geforderten marktwirtschaftlichen Reformen – zumindest wenn es um den nationalen Reichtum geht. Auch wenn sich viele Leute wirtschaftlichen Erfolg und allgemeinen Wohlstand erhofften, kam dabei nichts heraus, was dem Weststandard vergleichbar wäre.

Aus dem völkisch-nationalen Selbstbewußtsein der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Jugoslawiens und dem zunehmenden Mißerfolg des Gesamtstaates entstand das explosive Gemisch, das zu den bekannten kriegerischen Folgen geführt hat. Vor diesem Hintergrund spielt sich jetzt auch der Bürgerkrieg zwischen UCK und serbischer Armee ab. Von den betroffenen Bevölkerungen und ihren Führern wurde ein Anspruch auf nationalen Erfolg erhoben. Denn als Nationalisten sitzen sie dem Irrglauben auf, wenn die nationalen Anliegen zum Zuge kämen, diene das auch ihrem persönlichen Wohlergehen. Dabei stellen sie sich Kapitalismus als Mittel zur Realisierung ihrer Ziele vor, womit sie allerdings völlig daneben liegen, denn die Versorgung der Bevölkerung mit dem was sie benötigt, ist gerade *kein* Zweck des Kapitalismus. Die Herstellung von Gebrauchswerten dient in dieser Wirtschaftsweise lediglich dazu, mit ihnen Profit zu machen, sprich das eingesetzte Geld zu vermehren. In der Konkurrenz, die auf dem Weltmarkt herrscht, haben Gesellschaften, die sich erst jetzt zu wahrhaft marktwirtschaftlichen entwickeln, schlechte Karten. Als der Erfolg sich nicht wie erhofft einstellte, führte das leider nicht zu einer Kritik des weltweit durchgesetzten Kapitalismus, sondern dazu, daß Schuldige vor Ort gesucht wurden: Die Betroffenen erklärten sich ihren Mißerfolg dadurch, daß sie mit Menschen zusammenleben müssen, die aus der eigenen Gemeinschaft herausdefiniert wurden. Diese sollen für die Misere verantwortlich sein, und zwar ‚als Volk‘ – jenseits aller gesellschaftlichen Unterschiede. Anstatt sich die Verhältnisse, denen sie ausgesetzt sind, klar zu machen, eine Kritik an ihnen zu formulieren und in die Tat umzusetzen, kommen viele auf die Idee, daß ihre Nation wohl besser dastehen würde, wenn sie von ‚fremden Schmarotzern‘ befreit würde. Jugoslawien entzog 1989 – im Zuge seiner Zerlegung – aus Angst vor weiteren Abspaltungen den Kosovo-Albanern die bis zu diesem Zeitpunkt gewährte Autonomie. Seitdem sind die Kosovo-Albaner, neben dem Verlust der Autonomie, einer zusätzlichen Diskriminierung seitens der Serben

ausgesetzt. Als Reaktion darauf erstarkte der völkische Nationalismus auf Seiten der Kosovo-Albaner. Eine vernünftige Kritik an Herrschaft üben die Anhänger dieser Position nicht. Mit dem Gewaltverhältnis, das ein Staat schafft, haben sie keine Probleme, ganz im Gegenteil dazu suchen sie Abhilfe von ihrer Not in einer Staatsgründung. Dabei kommt es ihnen dann lediglich darauf an, daß Staatselite und Staatsvolk derselben Nation angehören. Mit der Übernahme der völkisch-nationalen Ideen durch die verschiedenen Konfliktparteien des ehemaligen Jugoslawien werden Grenzen und nationale Zugehörigkeiten neusortiert. Wo vorher eine weitgehende Vermischung herrschte, wird im Zuge der Kriege versucht, eine nationale Homogenität herzustellen. Gleichzeitig soll meist der Machtbereich des jeweiligen Volkes vergrößert werden. Es fordert nämlich niemand, auf die (neuerdings) unerträgliche Vermischung der Bevölkerung mit einer Verkleinerung des eigenen Territoriums zu reagieren.

Eine Konsequenz daraus besteht z.B. darin, daß ehemalige Nachbarn sich auf einmal ihrer ‚Volkszugehörigkeit‘ erinnern und diese zum Anlaß nehmen, ‚die anderen‘ zu vertreiben und zu massakrieren. Mit der Neuziehung der Staatsgrenzen und der Formulierung nationaler Ein- und Ausschließungskriterien wird versucht, die Staatsgrenzen mit dem in Übereinstimmung zu bringen, was als eine Nation angesehen wird. Die Bevölkerungsteile, die das Gemetzel überlebt haben, aber nicht der neuen Nation angehören, sehen sich generell des Verdachts der Illoyalität ausgesetzt. Sie stellen sich aus der Perspektive derjenigen, die sich einen Staat mit homogener Bevölkerung zum Anliegen gemacht haben, als Störenfriede dar. Entsprechend wird ihnen eine Diskriminierung zuteil, die bei den Betroffenen meistens ebenfalls in einer gegen die Unterdrücker gerichteten nationalen Idee mündet. Genau dies ist bei den Kosovo-Albanern der Fall: Sie sind Störenfriede aus der Sicht des serbischen Nationalismus und sich befreiendes Volk für die UCK.

Der Westen

Diese Darstellung wäre allerdings unvollständig, wenn nicht der Einfluß der westlichen Staatengemeinschaft erwähnt würde. Denn ganz ohne diesen hätte der jugoslawische Staat wohl nicht aufgeben müssen, als er 1993 von den nationalistischen Separatisten herausgefordert wurde. Das staatliche Überbleibsel Jugoslawiens ist zum erklärten Feind des Westens avanciert, und das nicht erst, seitdem es die UCK gibt. Die vom Westen durch Waffenlieferungen und Diplomatie geförderten separatistischen Bestrebungen Kroatiens und Sloweniens gerieten zwangsläufig mit der jugoslawischen Zentralmacht – repräsentiert durch die stärkste übrig gebliebene Macht, Serbien – aneinander. Mit der Aufwertung der Separatisten durch den Westen wurde der jugoslawische Bürgerkrieg in seinen Ausmaßen überhaupt erst



Die neuen Strahlen wirken perfekt und verwandeln jedes Schmierfett- und Ölatom in eine solide, fest bindende Masse. Motoren sterben ab... Bordkanonen können nicht ins Ziel gebracht werden...dann zerschmettern Superbomben die hilflosen Kriegsschiffe!



Hilflosigkeit und völlige Verwirrung ergreifen den Feind... Flash ruft über Funk den feindlichen Kommandanten: „Sie können weder fliehen noch das Feuer erwidern, Admiral Korf... Übergeben Sie Ihre Flotte und vermeiden Sie weitere Verluste.“

möglich. Die diplomatische Unterstützung der völkischen Befreiungsbewegungen und die Waffenlieferungen des Westens waren nicht nur ein entscheidender Katalysator für den Konflikt, sondern durch sie wurden auch die Weichen für die zukünftige Konfliktkonstellation gestellt. Die von westlichen Staaten angestellten Vermittlungsversuche implizierten eine Unterstützung der Aufständischen, denn indem sie als Verhandlungspartner akzeptiert wurden, wurde ihr Interesse an einer Staatsgründung offiziell als *berechtigt* eingestuft. Damit verband sich auch eine Feindschaftserklärung an die bis dahin souveräne Staatsmacht Jugoslawiens. Ihre *Souveränität* wurde mit der diplomatischen Anerkennung des Interesses der Separatisten *in Frage gestellt*. Eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates stößt im Normalfall auf empörte Reaktionen, und auch im Fall Jugoslawiens bedurfte es bis hin zu den Abspaltungen mehrerer Kriege. In Konflikten, wo eine solche Unterstützung nicht stattfindet, wird in der Regel von Terroristen oder Guerillas gesprochen, aber nicht von Verhandlungspartnern. Der Westen war durch seine Politik der Anerkennung und Vermittlung also aktiv an der Zerlegung Jugoslawiens beteiligt. Jetzt definiert er sie als *sein* Problem, ‚fühlt‘ sich verantwortlich und handelt. Als Vertreter der Zentralmacht mußte Serbien fast zwangsläufig in dem Maße zum Gegner des Westens werden, wie es eine Politik der Aufrechterhaltung eines jugoslawischen Gesamtstaates betrieb.

Wie jedoch kam der Westen dazu, die Abtrennungsbewegungen zu unterstützen, und was veranlaßte den souveränen jugoslawischen Staat dazu, sich dem letzten Endes zu beugen? Bei Jugoslawien handelt es sich um ein wirtschaftlich eher uninteressantes Terrain, das man als Hinterhof des von der EU dominierten Europa bezeichnen kann. Industriell höchstens drittklassig, keine besonderen Ressourcen, dort gibt es wenig zu holen – nicht einmal Öl, dessen Vorhandensein spätestens seit dem Golfkrieg immer wieder als eigentliche Kriegsursache vermutet wird. Daß der moralische Kriegsgrund, ‚das Leiden der Menschen zu lindern‘, auch nicht aufgeht, wurde eingangs bereits ausgeführt.

Erklärt sich das Verhalten der NATO dadurch, daß sie einen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen möchte? Wohl kaum, denn warum sollte sie etwas, was sie sowieso schon machen kann und auch macht, für die Zukunft erst noch legitimieren: Die NATO führt Krieg und ist dazu offensichtlich in der Lage. Es ist auch durchaus wahrscheinlich, daß die NATO in Zukunft häufiger so vorgehen wird wie jetzt gegen Jugoslawien. Einen Präzedenzfall schafft sie damit allerdings nur in der Hinsicht, daß sie den Inhalt ihres zum 50. Jahrestag des eigenen Bestehens verabschiedeten strategischen Konzeptes in die Tat umsetzt und wohl vorhat, dies auch in Zukunft zu tun. Sie zeigt damit dem Rest der Welt, wie sie mit ihm umzugehen gedenkt. Deutlich wird dies an dem Verhältnis

zwischen der NATO und der UNO, das die NATO – begründet durch die veränderte strategische Weltlage seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion – neu bestimmt. Die europäischen NATO-Partner beteuern nämlich, daß UNO-legitimierte Militärinterventionen in Zukunft die ‚Regel‘ bleiben sollen. Das heißt natürlich nichts anderes, als daß sie, falls die UNO sie nicht unterstützt, trotzdem durchgeführt werden, wenn die NATO sie für richtig hält. Damit wird an die UNO die Aufgabe gestellt, die Vorhaben der NATO zu legitimieren, die letztere ohnehin weltpolitisch durchsetzen will. Interessanterweise ist die Aufteilung des Kosovo durch die NATO im nachhinein durch eine UNO-Resolution gutgeheißen worden. Daraus ergibt sich auch eine Legitimation des vorher geführten Krieges seitens der UNO. Diese Feststellungen sagen aber noch nicht genug über den *Inhalt* dessen, was die NATO auf dem Balkan vollstreckt, aus.

Wenn Staaten sich vertragen

Die Staaten der NATO, unter denen die dominanten erfolgreiche Industrienationen sind, haben sich darauf verständigt, ihre Konkurrenz untereinander nicht so auszutragen, daß ihr Bündnis in die Brüche gehen könnte. Als einzelne Staaten verhalten sie sich, was die Durchsetzung ihrer Interessen angeht, anders als im Bündnis ungehemmt, sofern sie sich dies leisten können. Die für jedes Bündnis unerläßliche Rücksichtnahme folgt der *zweckmäßigen* Einsicht, daß sich die nationalen Interessen gegenüber dem Rest der Welt im Bündnis effektiver durchsetzen lassen. Trotzdem möchten die einzelnen Staaten ihre eigenen Zwecke verwirklichen. Und abgeschafft haben sie die Konkurrenz untereinander nicht, was am Gerangel um Einfluß innerhalb des Bündnisses deutlich wird. Unter der Vorherrschaft der ökonomisch und vor allem militärisch stärksten Macht, den USA, betreibt das hinter der NATO stehende Staatenbündnis eine Politik der Kontrolle und Aufsicht. Kontrolliert wird, ob Staaten sich den vom Westen gemachten Spielregeln gemäß verhalten. Unter anderem haben Staaten dafür nach Innen mittels Gewalt-monopol Eigentumsrechte zu garantieren und eine Marktwirtschaft zu etablieren, sofern die NATO sich den Zustand dieser Staaten auf die Tagesordnung gesetzt hat, also irgendein Benutzungswille sich formiert. Daß das westliche Staatenbündnis sich die Verhältnisse in einer speziellen Region zum Anliegen macht, ist eine Voraussetzung dafür, daß auch eingegriffen wird. Es handelt sich dabei um eine aktive politische Verfahrensweise mit den Zuständen, die in oder zwischen anderen Staaten herrschen, und nicht um einen Sachzwang. So sehr der Eindruck, der Krieg sei eine unumgängliche Pflicht, auch besteht, so zahlreich die angegebenen Gründe dafür, daß man nicht weg-schauen könne, auch sind, der Westen selbst hat Jugoslawien als *sein* Problem definiert. Bei über 40.000 Toten im Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien kann er dagegen problemlos ‚wegschauen‘, macht



In Erwidrerung auf Flashs Forderung übergibt Admiral Korf seine hilflose Flotte. Während seine Bomber über der Flotte kreisen, um eine mögliche Hinterlist zu verhindern, springt Flash mit dem Fallschirm auf das Deck von Korfos Flugschiff ab...



Flash erweist sich als generöser Sieger: „Behalten Sie Ihren Säbel, Admiral Korgof! Sie haben tapfer gekämpft und waren dennoch gewillt, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen. Würden Sie nur Major Danver freilassen?“

diesen Krieg trotz immenser Ausmaße also nicht zu seinem Problem und sieht folglich auch keinen Grund zum Einschreiten. Dafür, daß ein bestimmter Aspekt der ‚Weltlage‘ auf die Tagesordnung des Westens gerät, genügt es, daß ein Teil des Bündnisses (z.B. die Europäer) sich intern mit seinem Interesse, sich dort zu engagieren, durchsetzen kann. Wie das Benutzungsinteresse aussieht, ist oftmals gar nicht genau auszumachen, denn grundsätzlich kann einen Staat alles Mögliche an einem anderen interessieren.

Die materiellen und menschlichen Ressourcen eines jeden Staates haben den Benutzungsinteressen der Mächte, die zu einer weltweiten Einflußnahme fähig sind, offen zu stehen. Eine solche ökonomische ‚Öffnung‘ gegenüber der internationalen Wirtschaft nützt vor allem denen, deren Produktivkraft hoch und deren Währung stark ist. Und auch die machtpolitische Indienstnahme eines fremden Landes dient dem Staat, der es sich erlauben kann, von einem anderen staatlichen Souverän zu fordern, seinen eigenen Willen aufzugeben. Die Anforderungen, mit denen sich Nicht-NATO-Staaten konfrontiert sehen, sind paradox, denn von ihnen wird verlangt, *willfähige Souveräne* zu sein: Sie sollen zwar einerseits als Souveräne existieren und nach Innen für eine sachgerechte Zurichtung ihrer Gesellschaft sorgen, andererseits sollen sie ihr nationalstaatliches Interesse aufgeben, sobald es einem Staat des Westens im Wege steht. Zur Durchsetzung dieses Anspruchs kontrolliert der Westen, ob die staatlichen Machthaber ihre Souveränität sachgerecht einsetzen. Zuwiderhandlungen gegen diese Spielregeln ernten zunächst das Mißtrauen des Westens; sind sie eklatant oder permanent, dann sind Sanktionen fällig. Sollte ein Staat sich jedoch tatsächlich mit dem Westen anlegen, so wird dieser prinzipiell. Das heißt, der staatliche Delinquent wird grundsätzlich verdächtigt, seine Souveränität zu mißbrauchen: Er wird zum ‚Schurkenstaat‘. Seine Herrschaft wird als illegitim bezichtigt, wobei die Menschenrechte zum Rechtstitel des westlichen Einspruchs werden. Wer sich so an den Regeln des Westens versündigt, dem werden in letzter Konsequenz die Mittel, sich als Staat betätigen zu können, bestritten. Das bedeutet nicht automatisch Krieg, denn zur Disziplinierung eines Staates, den der Westen bezichtigt, gegen grundsätzliche Rechte zu verstoßen, stehen verschiedene Mittel zur Verfügung. Häufig läßt sich der Wille widerspenstiger Souveräne schon durch wirtschaftliche Sanktionen und Handelsboykotte brechen. Zusätzlich können Kredite eingefroren oder sogar storniert werden. Manchmal existiert im Inneren eines in Ungnade gefallenen Staates auch eine Opposition, von der sich der Westen eine seinen Belangen gemäße Politik erhofft. In solchen Fällen wird versucht, sich Staaten durch eine gezielte Unterstützung der Oppositionellen so zuzurichten, daß dem eigenen Anliegen genüge getan wird. Erst wenn alle diese Mittel ausgeschöpft sind, mehr oder minder offene Kriegsdrohungen

nicht das Gewünschte bewirken und der prinzipielle Ordnungsanspruch sich bedroht sieht, dann macht der Westen ernst und setzt die Kriegsmaschinerie in Gang. Es geht dabei nicht darum, ökonomische Vorteile zu ergattern – für die ökonomische Seite ist das in privater Hand befindliche Kapital zuständig –, sondern einen dem eigenen zuwiderlaufenden Willen zur Raison zu bringen.

Der von den westlichen Staaten nach Außen postulierte Anspruch ist ein rechtlicher und kein ökonomischer. Von der Durchsetzung der eigenen Rechtsprinzipien wird sich immer ein Erfolg hinsichtlich der eigenen Anliegen erhofft – für die erfolgreiche Indienstnahme der Ressourcen des fremden Souveräns ist das heimische Kapital zuständig. Sollte sich der Erfolg nicht einstellen, dann wird der bestehende zwischenstaatliche Zustand in Frage gestellt und gegebenenfalls neu geregelt. Dies geht nicht immer friedlich vonstatten. Der Staat versucht Prinzipien, die dem im Inneren herrschenden Zivilrecht entsprechen, auch nach Außen, also gegenüber anderen Staaten, durchzusetzen. Diese Prinzipien tragen dem Anliegen Rechnung, gute Bedingungen für das eigene nationalstaatliche Allgemeinwohl durchzusetzen, was gleichzeitig immer eine Schädigung anderer bedeutet.

Anders als in der ökonomischen Konkurrenz wird in dieser Sphäre der Machtkonkurrenz nicht gerechnet, was es kostet, schließlich geht es ja ums Prinzip – also nicht um konkreten Nutzen, sondern um die *Voraussetzung* der erfolgreichen Nutzung. Es wäre auch ziemlich unlogisch, wenn versucht würde, Geschäftsinteressen durchzusetzen, indem erstmal mittels Krieg jegliche Infrastruktur in der Region, auf die sich das angebliche ökonomische Interesse richtet, zerstört wird. Auch wenn jetzt, nach dem Krieg, ein Wiederaufbau stattfindet, an dem natürlich einzelne Kapitale verdienen, so ist dies alles andere als ein *Zweck* des Krieges. Würde man bei der Vermehrung von Reichtum so vorgehen, dann hieße das: erst Kaputtmachen und dann Wiederaufbauen. Daß so niemals ein wirklicher Zuwachs an Reichtum, den es aber nun einmal gibt, zustande kommen würde, liegt auf der Hand.

Wenn es soweit ist, daß vom Westen ein generelles Mißtrauen, was die Anerkennung seiner Kontrollzuständigkeit angeht, gehegt wird, dann wird er kompromißlos: Bei der Anerkennung seiner Oberaufsicht gibt es nur ein ‚entweder oder‘. Da staatliche Souveränität, sprich Handlungsfreiheit und Macht, natürlich immer im Dienst der jeweils eigenen Interessen stehen soll, ist es um die Kooperationswilligkeit der Staaten nicht sonderlich gut bestellt. Um jedoch trotzdem sein Kontrollregime aufrechterhalten zu können, leistet sich das westliche Bündnis eine militärische Macht, der keine andere auf der Welt widerstehen kann.



Der befreite Luftkorpsoffizier spöttelt gutmütig: „Großartige Arbeit, Junge! Das konnten auch nur Sie...“ - „Nett von Ihnen, Danver, aber nicht wahr“, erwidert Flash, „es war Ihr Mut, der uns die Flucht ermöglichte .. erinnern Sie sich?“



Endlich kommt die Vorhut der US-Marine an, um die Verantwortung zu übernehmen. Mit Prisenkommandos an Bord werden die angeschlagenen Kriegsschiffe des Diktators schmächtig in Richtung Hafen in Marsch gesetzt.

Der Fall Jugoslawien

Für den Krieg der NATO gegen Jugoslawien heißt das, daß hier eine staatliche Gewalt, nämlich Serbien als Zentralmacht der Bundesrepublik Jugoslawien, als Störenfried der Ordnung identifiziert wird. Im Verlauf des Zerfalls Jugoslawiens haben sich die Serben zum Hauptfeind des Westens entwickelt, weil sie ihre Souveränität nicht ordnungsgemäß in den Dienst des Westens stellen. Die Forderungen des Westens nach einer Stationierung von Truppen auf jugoslawischem Staatsgebiet kamen einer Preisgabe der Souveränität gleich. Ganz zu schweigen davon, was es für die jugoslawische Souveränität bedeutet, daß sich eine separatistische Armee auf ihrem Territorium formiert, die selber in einem Teil des Landes, dem Kosovo, souverän sein möchte. Die Bekämpfung dieses Zustandes und die – aus der Sicht eines souveränen Staates selbstverständliche – Ablehnung äußerer Einmischung haben die Feindschaft zwischen Jugoslawien und dem Westen etabliert. Die neugegründeten Staaten (Kroatien und Slowenien) waren da geschickter und holten sich die Erlaubnis zur Souveränität erstmal beim Westen ab, was ihnen dessen Vertrauen eintrug. Das Verhältnis, das zwischen den verschiedenen Konfliktparteien im ehemaligen Jugoslawien und dem Westen herrscht, ist jedoch nicht mit einem Bündnis zu verwechseln. Nicht aus Mitgefühl für die anfänglich schwächere Partei wird eingegriffen, und der albanische Nationalismus liegt der Staatengemeinschaft ebensowenig am Herzen wie der kroatische. Die Tatsache, daß in bestimmten Situationen Partei für eine Seite ergriffen wurde, ist Ausdruck des Anspruchs auf *Regelungskompetenz*. Genau dieser haben sich alle mit ihrem eigenen Anliegen zu unterwerfen.

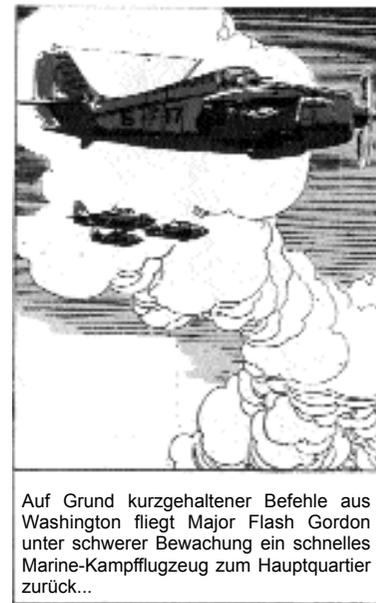
Erst vor dem Hintergrund dieses Universalanspruchs auf Kontrolle, Aufsicht und Regelung wird verständlich, daß der Westen die innerstaatliche Repression Serbiens gegen die Kosovo-Albaner mit weltpolitischer Bedeutung versieht. Auch wenn der Terror gegen die albanische Bevölkerung noch so grausam ist, reicht das alleine für den Westen nicht aus, um sich dort zu engagieren. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß sich dieser Terror zeitgleich mit den Luftangriffen gesteigert hat. Daß von serbischer Seite auf das Leben der Angehörigen der albanischen Bevölkerung – die ja eh schon der Illoyalität verdächtigt wurden, da sie ja keine Serben sind – nun gar keine Rücksicht mehr genommen wurde, war abzusehen. Denn als die ultima ratio sowieso schon angewendet wurde und auch feststand, daß der Westen gewinnt, da gerieten diejenigen, deren Leiden der Westen als Grund für seinen Einsatz angibt, um so mehr ins Fadenkreuz der letzten Endes unterliegenden Serben.

Der Krieg und die Menschenrechte

Die Menschenrechte kommen nun tatsächlich ins Spiel, allerdings nicht so, wie die moralisch motivierten Kriegsbefürworter sich das vorstellen: Sie dienen nämlich als Einspruchstitel. Da, wo sie verletzt werden, so heißt es nur allzu oft in der Presse, da kann man nicht wegschauen. Wenn das dann auch noch so dicht bei einem ‚vor der Haustür‘, ‚nur zwei Flugstunden entfernt‘ ist, dann muß man wohl einschreiten, von dieser Zwangsläufigkeit wollen die Kriegsbefürworter einen überzeugen.

Von westlicher Seite her gibt es oft tatsächlich ein Interesse an der Verwirklichung der Menschenrechte. Mit dem, was sich viele darunter vorstellen, hat das allerdings wenig zu tun. Denn daß Menschen sich nicht gegenseitig ausbeuten und erpressen sollen, bedeuten die Menschenrechte ebensowenig, wie daß sie sich nicht Hungers sterben lassen sollen. Dies wären nämlich Forderungen nach einem vernünftigen Umgang der Menschen untereinander, womit die bürgerliche Herrschaft samt der Menschenrechte wenig zu tun hat. Das Verhältnis, das bürgerliche Staaten einrichten, ist ein *Gewaltverhältnis*. Schließlich wird die Gewalt ja auch nicht abgeschafft, sondern *monopolisiert*. Mit der Installation der Menschenrechte, die primär aus Freiheit, Gleichheit und Privateigentum bestehen, wird versucht, die Prinzipien einer bürgerlichen Gesellschaft samt der dazugehörigen kapitalistischen Ökonomie einzurichten (was keineswegs von Erfolg gekrönt sein muß). Dieses fügt sich allerdings nahtlos in die oben erklärten Absichten ein, da die Menschenrechte dem Westen unter anderem zur Durchsetzung einer Privatsphäre, die wichtiger Bestandteil kapitalistischer Ordnung ist, willkommen sind. Dort, wo es wirtschaftlich eh kaum etwas zu holen gibt, wie in Jugoslawien, da sind sie dann eher der Titel, mit dem man seinen Krieg als gerecht etikettieren kann.

Der gute Ruf, den Menschenrechte besitzen, ist also keineswegs begründet. Häufig werden zu ihrer ideologischen Rechtfertigung abenteuerliche Gedanken herangezogen: sie seien natürlich und der Staat verwirkliche nur, was die Natur dem Menschen eh schon in die Wiege gelegt habe, da sind sich überzeugte Untertanen ganz sicher. Eine Erklärung dafür, warum erst ein Staat her muß, um das sowieso schon Natürliche herzustellen, bleiben sie meist schuldig. Manchmal finden Leute die Menschenrechte aber auch deshalb gut, weil Herrschaftsverhältnisse, in denen die Menschenrechte nicht verwirklicht sind, sich oft durch Mord und Totschlag auszeichnen. Es trifft wohl auch zu, daß das Leben in Staaten, die die Menschenrechte nicht garantieren, noch unangenehmer ist, als das Leben in denen, die sich diese zum Prinzip gemacht haben. Doch ist das tatsächlich ein guter Grund, um zum Fan der Menschenrechte zu werden? Die Staaten, die Menschenrechte



Auf Grund kurzgehaltener Befehle aus Washington fliegt Major Flash Gordon unter schwerer Bewachung ein schnelles Marine-Kampfflugzeug zum Hauptquartier zurück...



Zu Flashs Überraschung wird er sofort ins Weiße Haus gebracht, wo ihm der Präsident die „Medal of Honor“ verleiht - Der Präsident sagt: „Dies ist ein Zeichen der Dankbarkeit der Nation, die Sie vor einer geheimen Invasion erretteten... Oberst Gordon!“

garantieren und durchsetzen, haben weder mit (staatlich monopolisierter) Gewaltanwendung noch mit Krieg ein allzugroßes Problem.

Der Blick auf die Interessen der Kriegsparteien des Kosovokrieges zeigt, daß es keinen Grund gibt, sie zu unterstützen, weder die einen, noch die anderen. Eine Möglichkeit, Kriege zu verhindern, besteht darin, daß die Leute, mit denen der Krieg gemacht wird, aufhören mitzumachen. Ebenso müssen die Zwecke, die mit Kriegen verfolgt werden, beseitigt werden – mit den Institutionen, die diese hervorbringen. Die vom Krieg betroffenen Menschen hätten allen Grund, aufzuhören, sich mit ihrem Staat, ihrer Nation oder dem, was einmal dazu werden möchte, zu identifizieren. Um dies zu bewerkstelligen, müssen die Verhältnisse, aus denen der Krieg entsteht, kritisiert werden – dann weiß man auch, daß es keinen guten Grund gibt, beim Krieg mitzumachen.

Anmerkungen

- 1) Grüne Hochschulgruppe (GHG): Bomben schaffen keinen Frieden. Der Angriffskrieg der NATO ist nicht zu rechtfertigen. Mai 1999.
- 2) Mit dem Satz „Von einem demokratischen Staat muß man auch in Kriegszeiten eine sachgerechte Information erwarten können.“ zeigt die GHG wie wenig unbehaglich sie sich in der Untertanenrolle fühlt. In idealistischer Manier möchte sie den deutschen Staat mit seinen eigenen Prinzipien konfrontieren. Dabei scheint den Verantwortlichen obiger Aussage entgangen zu sein, daß es – vor dem Hintergrund des kapitalistischen Staatszwecks und der demokratischen Verfassung der BRD – gar kein Problem darstellt, die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen, die ein wenig propagandistischer sind als üblich. Kann man sich hierzulande in Friedenszeiten der Zustimmung der Bevölkerung so dermaßen sicher sein, daß man neben den allgemeinen Wahlen auch jede Menge kritische Berichterstattung und Diskussion zulassen kann, so sieht es in Kriegszeiten ein bißchen anders aus. Dann nämlich wird angesichts der häßlichen Realität, die so ein Krieg nun einmal besitzt, tatsächlich teilweise um die Zustimmung gebangt. Der Krieg gibt aber keinen Anlaß dafür, daß mit demokratischen Verfahrensweisen wie der Pressefreiheit gebrochen wird. Es wird lediglich mit unterschiedlichen Mitteln versucht, die allgemeine Zustimmung zu Staat und Politik möglichst unumstößlich herzustellen. Bei ganz unmittelbar vom Krieg betroffenen Nationen wird ganz offen an den Nationalismus der Bevölkerung appelliert. In der „aufgeklärten“ BRD reicht es dagegen, die Bevölkerung an die Verantwortung zu erinnern, die „wir“ doch angesichts „unserer“ Vergangenheit und „unserer“ Rolle in Europa haben. Zum Teil muß dann auch noch, durchaus propagandistisch, gezeigt werden, wie

schlimm es in unserem Verantwortungsbereich zugeht, damit Betroffenheit auch wirklich zu Verantwortung wird.

Die



ist eine linke Organisation in Göttingen. Wir liefern Argumente gegen die herrschende Ordnung. Statt lediglich eine Haltung wie „das System hat Schuld“ auszudrücken, sollen die Gründe und Hintergründe vermittelt werden. Wir wollen mit Euch diskutieren und gegebenenfalls streiten, um die gängigen Erklärungen zu überprüfen und dabei ein Verständnis von Demokratie, Staat und Ökonomie zu entwickeln.

Die Beschreibung von Tatsachen sagt nichts darüber aus, weswegen es sie gibt, ob und in welcher Art und Weise sie kritisierenswert sind und was mensch damit oder gegebenenfalls dagegen machen soll. Uns interessiert nicht nur, „was passiert“, sondern „wieso passiert das“ ist die Frage, die die Gruppe 3 behandelt.

Wieso das ganze? Weil die bürgerliche Gesellschaft grundsätzlich kritisiert gehört. Ein System, in dem nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern die Verwertung des Werts (Geld einsetzen, um mehr Geld daraus zu machen) im Mittelpunkt steht, muß abgeschafft werden.

Wenn irgend etwas geändert werden soll, ist es entscheidend, rauszukriegen, wie es funktioniert und wo mensch am besten ansetzt. Sonst besteht die Gefahr, sich die falschen Mittel auszusuchen, um das Problem zu lösen, oder es kommt etwas ganz anderes dabei heraus, als beabsichtigt war, oder es bleibt ganz zufällig, was am Ende dabei herauskommt.

Ihr wollt uns kontaktieren? Die Adresse findet Ihr vorne im Heft.

... mit freundlicher Unterstützung von:



fortlaufende nummer

Die fortlaufende nummer ist ein Vierteljahreszeitschriftenprojekt. Wir haben den Anspruch, nicht nur eine weitere Meinung zu verbreiten, sondern tatsächlich etwas über die Welt, in der wir leben, herauszufinden.

An dieser Welt muß sich einiges sehr grundlegend ändern, damit wir „konstruktiv“ an ihr mitbauen. Deshalb werdet Ihr in der fortlaufenden nummer nur Kritik finden. Dafür diskutieren wir aber auch fast alles und jeden.

Wer das Heft regelmäßig haben will, wende sich an:
fortlaufende nummer
c/o Junge Linke Niedersachsen
Borriesstraße 28
30519 Hannover
Tel.: 05 11/83 86-226
Fax: 05 11/83 86-011
junge-linke@oln.comlink.apc.org

Leute, die die fortlaufende nummer einer SchülerInnen- oder Antifa-Zeitung beilegen wollen, können jede Menge davon zugeschickt bekommen.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

2-99

Krieg auf dem Balkan Die NATO-Mission

Kaum 50 Jahre danach: Entschädigung für Zwangsarbeiter • Tarifrunde '99 • Bombenalltag im Irak • „Union-Busting“ • Krisenparteitag der Grünen • Wahlen in Nigeria • NATO-Osterweiterung • Die USA üben Selbstkritik in Mittelamerika • Tagung des chinesischen Volkskongresses • Finanzoperationen der russischen Notenbank • Wahlen in Kärnten • Eine Dioxinwelle und ihre Abwicklung • Kredithilfe für Moskau: Kontenverschiebung beim IWF • Nordirland • Chinesischer Staatsbesuch in den USA: imperialistische Regelkunde • Das Massaker von Littleton • Endlich! Bundestag nimmt Reichstag in Besitz • Oskar Lafontaine: Der Aufstand des Kapitals gegen den ideellen Gesamtkapitalisten

281 Seiten, DM 25
ISSN 0941-5831

Erhältlich über den Buchladen Rote Straße (Göttingen) oder über

Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH
Türkenstraße 57, 80799 München
Tel (089) 2721604 Fax (089) 2721605

der bürgerliche staat



Aus dem Inhalt:

»Der bürgerliche Staat ist die staatliche Herrschaftsform der kapitalistischen Produktionsweise. Aus den ökonomischen Notwendigkeiten der eingerichteten bürgerlichen Gesellschaft ergeben sich bestimmte Anforderungen, deren Erfüllung gewährleistet sein muß und nur vom Staat übernommen werden kann... Denn die allgemeine Konkurrenz verlangt im Gegenteil nach staatlicher Souveränität, die durch ein Unterworfensein unter die Individualinteressen der Kapitalistinnen nicht gegeben wäre... Außerdem setzt die Staatsgewalt erst die Kapitalverwertung als gesellschaftlichen Zweck in die Welt und garantiert dessen Bestand gegen die egoistischen Einzelwillen innerhalb der Gesellschaft.«

Ferner:

Freiheit • Gleichheit • Privateigentum • Recht • Ideeller Gesamtkapitalist • Nation(alismus) etc.

Außerdem: Grundlagen der Kapitalismuskritik

Zu beziehen über:

Gruppe 3

c/o Buchladen Rote Straße • Nikolaikirchhof 7 • 37073 Göttingen

pro Stück 1,50 DM + 3 DM Porto • ab 10 Stück 1 DM/Stück + Porto
(bar oder in Briefmarken!)